Herausgeber:
DKP Deutsche Kommunistische Partei im Essener Norden
Verant.: W. Richter, Hoffnungsstr. 18 ,45127 Essen
www.essen.dkp.de
Dkp.essen@dkp-essen.de
Druck: Eigendruck

Zeitaufnahme für den Essener Norden

Zeitung der DKP und der Bürgerliste Nord für den Stadtbezirk V

Nr. 2/ 48. Jahrgang Juni 2021

Bürgerbegehren KrankenhausEntscheid Essen nimmt weiter Fahrt auf

Unterstützung wächst täglich

Große Freude bei den Initiatoren des Bürgerbegehrens KrankenhausEntscheid Essen: Am 31. Mai konnten sie stolz vermelden, dass die Marke von 4.000 Unterschriften geknackt war.

Große Unterstützung auch in Rüttenscheid. In kürzester Zeit 420 Unterschriften.

Angesichts der sehr schlechten Witterungsbedingungen seit Beginn der Sammlung Anfang Mai, und angesichts der massiven Lockdown-bedingten Einschränkungen übersteigt dieser Zwischenstand die Erwartungen, so Jutta Markowski als eine der Initiatorinnen.

Zahl der aktiven Unterstützer wächst

Stetig wächst auch die Zahl der Unterstützer, die aktiv das Begehren unterstützen. Neben DKP, Die Linke und der SPD, der AWO, dem VdK, Naturfreunden, DIDF, u.w. kommen jetzt auch mit Ver.di und der IG BAU die ersten Gewerkschaften hinzu.

Begehren prägt das Stadtbild

Die Sammlungen für das Begehren prägen mehr und mehr das Stadtbild. Von Süd nach Nord finden überall Sammlungen statt, die sich großen Zuspruchs erfreuen.
Sammeln kann jeder, Listen findet man im Internet unter krankenhausentscheid-essen.de oder auf Facebook.

KRANKENHAUS ENTSCHEID
Versorgung sichern
Krankenhäuser retten

Schließungen im Norden nur Spitze des Eisbergs

DKP unterstützt Begehren

Nachdem mit Jutta Markowski bereits eine bekannte Vertreterin der DKP zu den Initiator*innen des KrankenhausEntscheids gehört, hat der Kreisvorstand der DKP vor wenigen Tagen in einer Erklärung seine rückhaltlose Unterstützung für das Begehren bekräftigt.

In der Erklärung heißt es u.a. Im heutigen Gesundheitssystem geht „es nicht mehr um die Frage, was Patienten brauchen, sondern was sie einbringen.
Nur das Krankenhaus, das mit möglichst geringen Kosten Kranke in möglichst kurzer Zeit behandeln kann, macht Gewinne. Das System Krankenhäuser soll Profit machen. Das gefährdet das Gemeinwohl. Nicht nur in Zeiten einer Pandemie ist es fahrlässig, Krankenhäuser zu schließen.“

Verrat an den Menschen zugunsten der Posten

Scharf verurteilt wird das Verhalten der Essener Grünen. Zunächst selber aktive Unterstützer des Begehrens haben diese sich nach der Koalition mit der CDU im Rat nicht nur zurückgezogen sondern beschimpfen die ehemaligen Mitstreiter nun als Populisten.
Sie wenden sich nun gegen ein Krankenhaus im Norden.

Zur Sache

Chile

Erdrutschartiger Wahlsieg für die linken Kräfte

Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung erreichte die von der KP Chiles geführte Liste 28 der 155 Sitze. Zusammen mit anderen Linkskräften stellen sie 120 Sitze.
Auch die Hauptstadt Santiago de Chile wird zukünftig von einer Kommunistin regiert. Die 30 Jahre alte Irací Hassler ging als überlegene Siegerin aus der Wahl hervor. Erstmals in der Geschichte Chiles wird damit die Hauptstadt von einer Frau und Kommunistin regiert.

Neuer Gigant am Wohnungsmarkt

Zusammenschluss Vonovia und Deutsche Wohnen

Der bevorstehende Zusammenschluss von Vonovia und Deutscher Wohnen bereitet deren Aktionären Freude, bei den Mietern wachsen die Sorgen. Mit dem Zusammenschluss entsteht ein Gigant am deutschen Wohnungsmarkt, der in vielen Städten im Ruhrgebiet, aber auch in Berlin und anderen Städten eine marktbeherrschende Stellung einnimmt.
Die Politik scheint dies kalt zu lassen. Im Gegenteil, sie leistet, wie der Berliner Senat, auch noch Geburtshilfe.

Aus dem Inhalt

Palästina S. 2
Trauer um Siggi Meyer und ... S. 3
Leerstand ist ungenutzter Wohnraum S. 4

Nahost

Mörderische Eskalation

Ende Mai gab es massive israelische Luftangriffe auf Palästina – politisch unterstützt von den USA, der EU und der Bundesregierung. Es gab hunderte Verletzte und Tote, vor allem Zivilisten, darunter auch Kinder. Außenminister Heiko Maas (SPD) sieht die Verantwortung auf palästinensischer Seite, bei dem Raketenbeschuss aus Gaza.

Israel hält seit 1967 palästinensische Gebiete – Ost-Jerusalem, das Westjordanland und Gaza – völkerrechtswidrig besetzt. Seit Jahrzehnten werden dort Palästinenser*innen vertrieben, ihre Häuser von israelischem Militär zerstört, israelische Siedlungen errichtet. Es wird eine Politik der Apartheid betrieben. Die soziale Lage in den palästinensischen Autonomiegebieten ist katastrophal.

Der jetzigen Eskalation gingen erneut völkerrechtswidrige Pläne zur Vertreibung palästinensischer Familien aus Ostjerusalem voraus. Die israelischen Siedlungen im Palästinensergebiet werden vom Internationalen Gerichtshof

Foto: pchrgaza.org

und von der UNO als illegal eingestuft.
Das Fass zum Überlaufen brachten Angriffe rechter Israelis. Unbehelligt von den israelischen Sicherheitskräften hatten sie Gläubige in der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem angegriffen, wobei es mehrere hundert Verletzte gab.

Der Raketenbeschuss aus Gaza war die Antwort mit Waffen auf diese massive Gewalt. Die Verantwortung für die Toten auf beiden Seiten liegt in erster Linie bei der israelischen Regierung, die sich kontinuierlich weigert, UN-Beschlüsse zu Palästina anzuerkennen und umzusetzen.
Die Solidarität der DKP gilt dem palästinensischen Volk, das einen Anspruch auf einen Staat im Rahmen der Grenzen von 1967 hat. Wir fordern ein Ende der israelischen Besatzung. Nur das kann ein erster Schritt zur Lösung des Konflikts sein. Unsere Solidarität gilt auch den Friedenskräften in Israel, insbesondere unseren Genossinnen und Genossen der KP Israels, die am 11. Mai trotz Polizeiübergriffen in mehreren Städten gegen die Kriegspolitik der israelischen Regierung protestierten. Die DKP ist solidarisch mit den vielen Menschen die hier gegen die Besatzungspolitik, Apartheid und Vertreibung auf die Straße gehen und für ein Ende der Kämpfe demonstrieren.

Kritik an der Politik Israel ist keine Hetze gegen Juden!

Angriffe auf jüdische Menschen, Einrichtungen oder Synagogen sind nicht hinnehmbar. Die Gleichsetzung der Kritik an der Politik Israels mit Antisemitismus ebenso wenig.

Der Widerstand gegen die völkerrechtswidrige Kriegs- und Apartheidpolitik des Staates Israel hat nichts mit einer Anfeindung des jüdischen Glaubens zu tun. Der Antisemitismusvorwurf, der pauschal gegen jeden Protest erhoben wird, dient einzig und allein dazu, jede Kritik an Israel von vornherein zu kriminalisieren.

Bürgerliste Nord

Trauer um Siggi Meyer und Dieter Kohlmann

Die Bürgerliste Nord hat zwei langjährige Mitstreiter verloren. Im November 2020 verstarb nach langem Leiden Dieter Kohlmann, am 14. Februar diesen Jahres der Ehrenvorsitzende Siggi Meyer.

Politik kann auch Spaß machen: Siggi Meyer bei der Eröffnung des „Dr. Reiniger Bads“ 2001 am Rhein-Herne-Kanal

Sein Herz galt den Kindern, vor allem denen aus dem Essener Norden. Über viele Jahrzehnte engagierte sich der langjährige Vorsitzende und spätere Ehrenvorsitzende der Bürgerliste Nord in der Kinder– und Jugendarbeit, in seiner Zeit als Sozialdemokrat noch bei den Falken. In späteren Jahren war er dann, bei den Kinderferienfahrten der DKP mit dabei. Obwohl schon im Rentenalter und mit lädiertem Rücken, scheute er sich nicht, zum Wohle der Kinder zwei Wochen bei Wind und Wetter im Zelt zuzubringen. Die Vorlese-Abende am Lagerfeuer werden vielen Teilnehmern unvergessen bleiben.

Mit auf seine Initiative zurückzuführen ist auch der Kinderrat im Essener Norden, mit dem unter Einbeziehung der Kinder für eine bessere Zukunft der Kinder aus dem Essener Norden gearbeitet werden sollte.

Wo er konnte, war Siggi Meyer mit dabei. Ob beim Kampf um das Kuhlhoffbad, beim Bürgerentscheid Sport und insbesondere auch im Ringen um den Erhalt der Bibliotheken.

2004 zog er für die Bürgerliste in die Bezirksvertretung ein, musste seinen Sitz aber aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig abgeben.

Dieter Kohlmann
und seine Dogge waren eines der Gesichter der Helenenpark-Initiative, die sich für den Erhalts des Parks erfolgreich engagierte.

Auch in seinen letzten Lebenswochen ließ sich Dieter Kohlmann nicht bremsen, noch für sein Krankenhaus, dass Marienhospital auf die Straße zu gehen. Bereits schwer von seiner Krankheit gezeichnet, stellte er sich noch den Reportern und begründete, wie wichtig ein Krankenhaus im Stadtteil vor allem auch für schwerkranke Menschen wie ihn sei.

Vivawest-Häuser an der Altenessener Straße

Leerstand ist fehlender Wohnraum

Die Mieten steigen, immer mehr Menschen werden aus ihren Wohnungen verdrängt. Wegen der Pandemie sind die Einkommen gesunken. Wohnungskonzerne wie Vonovia oder die LEG schütten trotz Pandemie immer höhere Dividenden an ihre Aktionäre aus.

Wohnungen werden immer knapper, doch diese Häuser an der Altenessener Straße stehen seit über einem Jahr leer

Corona hat dem „Betongold“ keinen Abbruch getan, ihren Nutzern dagegen schon. Das ist ein Skandal, der zum Widerspruch drängt.

Preistreiber Modernisierung
Dabei gibt es verschiedene Varianten, mit denen die Mieten in die Höhe getrieben werden, z.B. durch Modernisierungen. Aktuelles Beispiel der LEG in Borbeck: 1,88 € pro Quadratmeter Erhöhung, das sind bei einer 45 qm-Wohnung über 80 € im Monat mehr. Aber auch Anpassungen an den Mietspiegel fallen seit dem neuen Mietspiegel deutlich aus. Hilfe vom Mieterverein ist unerlässlich. Beim Neubau scheinen die Grenzen sogar nach oben offen, auch in Altenessen.

Vivawest verknappt Wohnraum
Vivawest, als ehemaliges Wohnungsunternehmen der Bergleute, betreibt viele Wohnungen, insbesondere im Norden Essens. Auf der Altenessener Straße gegenüber der Neuessener Schule stehen seit über einem Jahr einige Häuser von Vivawest leer. Sie sind in keinem guten Zustand, der Leerstand verschlimmert das. Die Mieten dort waren sehr günstig. Noch ist immer noch nicht klar, was aus den Häusern werden wird. Dabei wurden über eine lange Zeit die Wohnungen „leergezogen“, genug Zeit also für Planungen. Doch hier schweigt man sich aus.

Eigentlich bleibt nur Abriss und Neubau, sonst wäre der Leerzug unverhältnismäßig gewesen. Die Frage ist, ob sozialer Wohnungsbau entsteht, oder teurer, freifinanzierter. Aber wo sind die Menschen hin, die vorher dort gewohnt haben? Auch sie brauchen wieder bezahlbaren Wohnraum, und viele andere auch. Wir leben nunmal hier, in einem nicht gerade reichen Stadtteil. Für uns ist die Frage also klar: es muss sozialer Wohnungsbau werden, weil wir ihn brauchen!
Wohnungen sind keine Ware, sie gehören in öffentliche Hand.

Aus dem Bezirk V + VI - kurz & knapp

Kutelgelände

Unser Name ist Hase!

Bei der Stadt Essen geht doch vieles nach dem Motto: Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts. Obwohl die Verwicklungen des Kutel-Investors Durmaz, bzw. seines Geschäftsführers, in die türkische Nazi– und Regierungsszene landläufig bekannt sind, wird beim städtischen Planungsamt munter mit dem Investor weiter gearbeitet.
Auch der Zoll, zuständig für Geldwäsche, hat bislang noch nicht auf die Anzeige der DKP reagiert. Wieso auch, hat man doch schon bei Wirecard gezeigt, dass man auf diesem Auge völlig blind ist. Die DKP überlegt nun weitere Schritte gegen die Verantwortlichen einzuleiten.

Spielplatz Spakenbroich

Bereits um Ostern herum sollten die belasteten Bodenpartien am Spielplatz Spakenbroich ausgetauscht werden. Da bislang noch nichts passiert war, hörte die DKP nach.

Laut Mitteilung des Umweltamtes soll der Bodenaustausch nun kurzfristig durch Grün und Gruga erfolgen.

Spielplatz Lattenkamp

Stadt Essen beförderte Corona Infektionen

Vom zweiten Lockdown an war der Bürgerpark in Altenessen wegen Corona geschlossen und damit auch der Spielplatz. Dabei war dieser von der Stadt als der tolle Ersatz für den Spielplatz Lattenkamp gepriesen worden. Doch wo aber sollten die Kinder jetzt spielen?

Da es im erreichbaren Umfeld keine Spielplätze gibt, blieb nur noch die Straße oder das Kinderzimmer. Im Bürgerpark hätte wenigstens draußen gespielt werden können, was nachweislich weniger Ansteckungsgefahr birgt, als das Spielen in geschlossenen Räumen. Dort aber wurden die Kinder hin getrieben, weil die Anreize im Freien zu spielen von der Stadt Essen gesperrt wurden.

So wurden die Menschen einer der kinderreichsten Siedlungen in Essen durch die Stadt einer zusätzlichen Gefährdung ausgesetzt. Das es dafür keinen Grund gab zeigt der Umstand, dass andere Spielplätze in Essen nicht gesperrt wurden!

Die DKP fordert den umgehenden Neubau des Spielplatzes im Lattenkamp!

Kinder aus dem Lattenkamp demonstrieren beim Oberbürgermeister für ihren Spielplatz

Kernaussagen der DKP zur Bundestagswahl am 26. September 2021

Für die Interessen der großen Mehrheit

Die Corona-Pandemie hat es noch einmal eindrücklich bewiesen: Egal wer in diesem Land am Ruder ist bzw. im Bundestag sitzt, Politik wird immer nur im Interesse der Banken und Konzerne gemacht, zum Wohle der Aktionäre. Für das Gros der Konzerne stiegen in der Krise die Gewinne, die Aktionäre wurden reich bedient.

Gleichzeitig wurden Hunderttausende kleine Selbstständige in die Armut getrieben, wussten viele Arbeitnehmer nicht, wie sie mit dem knappen Kurzarbeitergeld klar kommen sollten, viele Hunderttausende wurden dennoch arbeitslos.

Wir brauchen keine „kleinen“ Korrekturen in der Politik in diesem Land, wir brauchen eine grundsätzlich andere Politik, die sich ausschließlich an den Interessen der Mehrheit der Menschen in unserem Land orientiert. Dies ist die Quintessenz der Kernaussagen der DKP zur Bundestagswahl, die sie im Frühjahr veröffentlichte.

Nachstehend auszugsweise einige der Aussagen und Forderungen:

Umwelt
Die Maßnahmen der Bundesregierung, allen voran die CO2 Steuer, die wieder nur zu Lasten der sozial Schwächeren gehen, werden die Umweltkatastrophe nicht aufhalten und das Pariser Abkommen nicht erfüllen. Ein richtiges Instrument wäre die Streichung der Subventionen im Bereich der fossilen Industrie.

Frieden
Die Nato und nicht nur die USA, sondern vor allem auch Teile der EU blasen nicht nur zum Wirtschaftskrieg mit China und Russland, sie steuern immer stärker auf eine militärische Konfrontation zu. Diese nützt wiederrum nur den Konzernen, nicht aber den Menschen unseres Landes. Wir brauchen Frieden mit China und Russland.

Soziale und demokratische Rechte
Im Schatten der Corona-Pandemie wurden die Grundrechte auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, aber auch das Streikrecht massiv beschnitten. Schnüffelei in sozialen Medien und Polizeigesetzte wurden verschärft. Amtshilfe der Bundeswehr, z.B. in kaputtgesparten Gesundheitsämtern soll zur Normalität werden. All diese Einschränkungen müssen zurück genommen werden, die Bundeswehr gehört wieder in die Kasernen.

Unser Land braucht keine kleinen Korrekturen, es braucht eine andere, neue Gesellschaftsordnung, deren Ziel Frieden und die Verhinderung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist, den Sozialismus.

Weißrussland

Lukaschenko nur auf den hinteren Plätzen!

Gäbe es für staatlich organisierte Flugzeugentführungen einen Medaillenspiegel wie bei Olympia, dann läge der Belorussische Staatspräsident Alexander Lukaschenko weit abgeschlagen auf den hinteren Plätzen. Platz 1 hätten, wie oftmals bei Olympia, die USA inne.

Sie führen die Hitliste bei den Akten des sogenannten Staatsterrorismus (FAZ Frankfurter Allgemeine Zeitung) unangefochten an. Da die Liste dieser Akte viel zu lang ist, um sie hier zu vollständig veröffentlichen, nachstehend nur einige Beispiele, die der Erwähnung verdienen.
2004: Die USA zwingen die Maschine des ehemaligen russischen Finanzministers Andreij Wawilow zur Landung in Palm Beach.
2012: Türkische Kampfjets zwingen eine russische Passagiermaschine auf dem Weg von Moskau nach Damaskus zur Landung in Ankara
2013: Die Maschine des bolivianischen Staatspräsidenten Evo Morales wird auf Geheiß der CIA in Wien zur Landung gezwungen, weil die CIA Edward Snowden an Bord vermutete.
2016: Die Ukraine zwingt ein Flugzeug der belorussischen Fluglinie „Belavia“ zur Umkehr nach Kiew, um den Journalisten Armen Martirosyan zu verhaften.

Lukaschenko befindet sich also in nobler Gesellschaft und gehört eher noch zu den Amateuren in der Liga der Staatsterroristen, was sein Handeln in keinem Falle rechtfertigen soll. Unbeantwortet bleibt bislang aber die Frage, welcher westliche Geheimdienst Lukaschenko möglicherweise in die Falle gelockt hat. Denn hier bei den „Guten“ gibt es hinter verschlossenen Türen so manches Magengrummeln bei dem Gedanken, ob man sich den entführten „Journalisten“ tatsächlich aufladen wollte. Handelt es sich bei Roman Protasewitsch doch um einen jungen Mann, der bereits mit 17 im „Regiment Asow“ im Bürgerkrieg in der Ost-Ukraine im Einsatz war, und zwar unter dem Kommandanten Andrij Bilezkyj, einem bekannten ukrainischen Neonazi. Wo er selber steht, dass macht er beim Fotoshooting für die Neonazi Postille Schwarze Sonne deutlich. Da posiert er mit Sturmgewehr und dem Emblem des Azov-Freiwilligen-Bataillons mit der Schwarzen Sonne auf dem Ärmel.

Roman Protasewitsch

UZ unsere zeit
Wochenzeitung der DKP

Sonntags shoppen?
Wir sind viele und eins
Tarifrunde bei der Postbank
Automobilindustrie – wie weiter?
Flexibel und robust
Was tun gegen rechts im Betrieb?
Reichtum umverteilen
Ein Euro mehr und volle Ost-West-Angleichung
Tarifforderung für das Kfz-Handwerk
Tarifvertrag und gesunde Arbeit

Jetzt 6 Wochen die UZ Probelesen
Kostenlos. Das Probe-Abo endet automatisch

uz-shop 100 % UZ – 100 % ROT
www.uzshop.de

Hier gibt es mehr zur DKP

Internet
essen.dkp.de

Mail
dkp.essen@dkp-essen.de

Facebook dkp-essen